

SPD stellt sich diesmal im Internet neben die NPD

Bremerhaven. Vor vier Jahren wollte die SPD partout nicht mitmachen. Auf einer Internetplattform zur Bürgerschaftswahl mit der NPD? Niemals. Kein einziger SPD-Kandidat tauchte auf der Seite von abgeordnetenwatch.de auf. Jetzt sieht das anders aus. Zur Wahl am 22. Mai stellen sich alle 270 Bewerber im Internet den Fragen der Wähler.

Und ein Sozialdemokrat ist dieses Mal sogar Schirmherr von abgeordnetenwatch.de: Bürgerschaftspräsident Christian Weber. „Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir mitmachen“, räumt er ein. „Aber ich glaube, wir kommen nicht darum herum, solche modernen Plattformen zu nutzen.“

Dabei treibt Weber auch die Sorge um, die Bürger könnten mit dem neuen Wahlrecht nicht klarkommen. Vielen erscheine es zu kompliziert, und deshalb blieben sie womöglich den Wahlurnen fern. Die Internet-Plattform von abgeordnetenwatch.de soll dabei helfen, Misstrauen gegenüber dem neuen Wahlrecht abzubauen.

Die Internetplattform gibt es seit 2004. Bei der Wahl in Hamburg hatte das Portal damals Premiere. Inzwischen bemüht sich abgeordnetenwatch.de bei vielen Wahlen bis hin zur Bundestagswahl, Kandidaten und Wähler ins Gespräch zu bringen. Die Möglichkeit, direkt übers Internet Fragen zu stellen, sieht Mitbegründer Gregor Hackmack als das absolute Alleinstellungsmerkmal von abgeordnetenwatch.de.

Vorbehalte gegenüber der Internetplattform beziehen sich immer auf die Sorge, die Diskussion über das Internet könnte in rechtsradikales Gejohle abgleiten. Dagegen setzt Hackmack seinen Kodex. Der verbietet neben Beleidigungen Beiträge, in den Gewaltherrschaft, Rassismus und politische Verfolgung vertreten werden.

Werden einem Kandidaten drei üble Beiträge dieser Art nachgewiesen, fliegt er aus dem Portal. Erwischt es drei Kandidaten einer Partei, fliegt die Partei komplett von der Internetseite. „Es ist immer wieder die NPD, die den Kodex auszureizen versucht“, sagt Hackmack. Er verteidigt den regulierenden Eingriff in die Diskussion. „Wir wollen einen Beitrag für die politische Kultur leisten.“

Wird die Internetplattform auch genutzt? Der Bürgerschaftspräsident hat seine Zweifel. 2007 gab es 18 Fragen an CDU-Spitzenkandidat Thomas Röwekamp. „Ist das viel?“, fragt Weber.

Finanziert wird das Portal aus Spenden und den Beiträgen der Politiker. Jeder wird mit Basisinformationen aufgenommen. Will sich ein Kandidat umfassender darstellen, muss er bis zu 180 Euro bezahlen. Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung ist kein Thema der Internetplattform, es geht nur um die Bürgerschaftswahl. (mue)

www.nordsee-zeitung.de

Artikel vom 05.04.11 - 12:00 Uhr